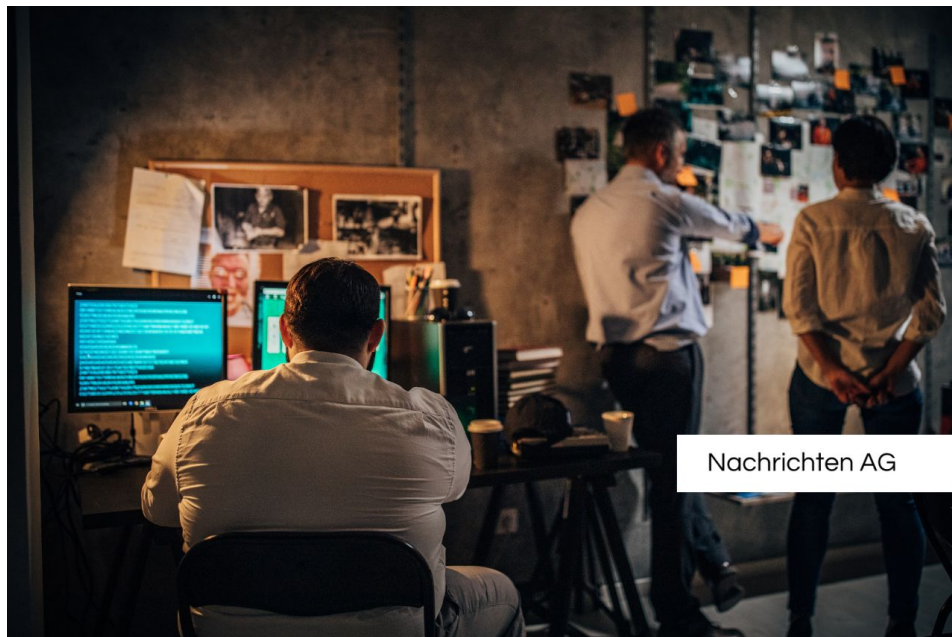


Wahlkampf in Leverkusen startet: Plakate und Events im Fokus!

Wahlkampfbeginn in Leverkusen am 10. Januar 2025:
Plakate, Events und persönliche Kontakte vor der
Bundestagswahl.



Leverkusen, Deutschland -

Am 10. Januar 2025 beginnt in Leverkusen der Wahlkampf zur Bundestagswahl, der um 15 Uhr offiziell eröffnet wird. Die Parteien nutzen die letzten hellen Stunden des Tages, um ihre Wahlplakate zu platzieren. Im Vordergrund steht der persönliche Kontakt zu den Wählern, der durch Hausbesuche, Infostände sowie Besuche bei Karnevalssitzungen gefördert werden soll. Alle Kandidaten haben ihre Eventplanung erfolgreich abgeschlossen, um sich optimal auf die anstehenden Wahlen vorzubereiten.

Im Gegensatz dazu dürfen Parteien in Köln erst ab dem 17. Januar 2025 mit dem Plakatieren beginnen. Diese unterschiedlichen Zeitpunkte für das Aufhängen von Wahlplakaten erfolgen aufgrund unterschiedlicher Regelungen in den jeweiligen Gemeinden.

Regeln für das Wahlplakatieren

Im Rahmen einer vorzeitigen Neuwahl, die durch das Aus der Ampel-Koalition ausgelöst wurde, haben die Parteien nur wenige Monate Zeit, sich für die Bundestagswahl 2025 aufzustellen. Dies bringt logistische Herausforderungen für die Wahlkampfteams mit sich, wie die Suche nach Wahlhelfern und die Einrichtung von Wahlbüros. Die Fristen für das Anbringen von Wahlplakaten variieren je nach Gemeinde. So dürfen in Berlin Plakate frühestens sieben Wochen vor der Wahl, beginnend am 5. Januar, aufgehängt werden. In Regensburg war das Plakatieren bereits seit dem 23. November erlaubt, während in München FDP- und CSU-Plakate bereits am 31. Dezember 2024 gesichtet wurden.

Darüber hinaus gibt es spezifische Fristen für das Abhängen der Wahlplakate: In Berlin und Hamburg müssen sie eine Woche nach der Wahl entfernt werden, in München hingegen ist dies erst 14 Tage nach der Wahl erforderlich. Der Wahltag für die vorgezogene Bundestagswahl ist der 23. Februar 2025. Wahlplakate gelten als erlaubnispflichtige Werbemittel, die eine Sondernutzungserlaubnis benötigen. Genehmigungen können aus gefahrenabwehrrechtlichen Gründen abgelehnt werden. Städte haben die Möglichkeit, Wahlplakate nur dann zu verbieten, wenn eine Partei verboten ist oder die Werbung strafbar ist.

Die Parteien haben bereits ihre Hauptslogans festgelegt: Die SPD wirbt mit „Mehr für Dich. Besser für Deutschland.“ unter Verwendung von QR-Codes, die Union (CDU/CSU) unter dem Motto „Wieder nach vorn“, die Grünen mit „Ein Mensch. Ein Wort.“ und die FDP mit „Alles lässt sich ändern.“ Die AfD

präsentiert ihren Slogan „Zeit für Deutschland“. In jüngsten Berichten wird zudem erwähnt, dass Christian Lindner (FDP) während eines Wahlkampfauftritts mit Schaum beschmiert wurde; die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Leverkusen, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.radioleverkusen.de • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at